

Inhaltsübersicht

Erstes Kapitel: Notwendigkeit der Steuerrechtfertigung	15
A. Rechtfertigungsbegriff und Steuerwirkungen	16
B. Zielstellung und Gang der Untersuchung	22
Zweites Kapitel: Allgemeine Steuerrechtfertigungslehre	25
A. Steuern als Finanzierungs- und Handlungsinstrument des Staates	25
B. Rechtfertigung des steuerlichen Eingriffs vor den Grundrechten	60
Drittes Kapitel: Rechtfertigung der Steuerhöhe	82
A. Anforderungen aus der funktionalen Steuerrechtfertigung	82
B. Steuerzugriffsbegrenzende Freiheitsrechte	99
C. Steuerlastverteilende Gleichheitsrechte	183
Viertes Kapitel: Rechtfertigung der Erhebungsumstände	256
A. Mitwirkungspflichten	257
B. Effizienz der Steuererhebung: Vermeidung von Vollzugskosten	259
C. Datenschutz	262
D. Vorbehalt des Gesetzes, Rechtsschutz und Rechtssicherheit	265
E. Akzeptanz	272
Erneuerung der Steuerrechtfertigung – Zusammenfassung	277
Gemeinschaftsgebundene Freiheit als Grund und Grenze der Steuer – Thesen	282
Literaturverzeichnis	285

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel: Notwendigkeit der Steuerrechtfertigung	15
A. Rechtfertigungsbegriff und Steuerwirkungen	16
I. Drei unterschiedliche Wirkungen der Steuererhebung	17
II. Notwendigkeit der grundrechtlichen Rechtfertigung	20
III. Rechtfertigung der steuerlichen Folgen für Macht und Freiheit	20
B. Zielstellung und Gang der Untersuchung	22
Zweites Kapitel: Allgemeine Steuerrechtfertigungslehre	25
A. Steuern als Finanzierungs- und Handlungsinstrument des Staates	25
I. Funktionale Steuerrechtfertigung: Steuerzwecke	26
1. Fiskalzweck	27
a) Wirtschaftspolitische Funktion	28
aa) Reproduktivität	29
bb) Steuern als volkswirtschaftliches Instrument	30
cc) Zwischenergebnis	34
b) Sozialpolitische Funktion	34
2. Nichtfiskalische Lenkungsziele	37
a) Wortherkunft „Steuern“ und Historie der Steuererhebung	38
b) Eignung der Steuer zur Erreichung von Lenkungszielen	41
c) Bedenken gegen den Lenkungsziel als Rechtfertigungsgrund	44
aa) Deckmantel des Lenkungsziels	44
bb) Ungleichbehandlung	45
cc) Kompetenzrechtliche Problemstellungen	46
dd) Unvereinbarkeit von Fiskal- und Lenkungsziel	47
d) Untauglichkeit des Lenkungsziels zur Steuerrechtfertigung	49
II. Prinzip des geringsten Eingriffs, negative Steuerrechtfertigung	49
1. Wirtschaftliche Eigenbetätigung	50
2. Persönliche Dienstpflicht, Preisintervention	52
3. Konfiskation konkreter Gegenstände, Naturalsteuern	53

Inhaltsverzeichnis

4. Staatliche Geldschöpfung und Kreditaufnahme	54
5. Beiträge und Gebühren	56
6. Bewertung	58
B. Rechtfertigung des steuerlichen Eingriffs vor den Grundrechten	60
I. Verfassungsrechtlich verankerte Pflicht zur Steuerzahlung	61
1. Kompetenzvorschriften	61
2. Grundpflicht	62
II. Demokratische Legitimation der Hoheitsgewalt	67
1. Notwendigkeit der demokratischen Legitimation	67
2. Unzulänglichkeit demokratischer Legitimation	68
III. Steuerpflicht als Konsequenz politischer Mitwirkungsrechte	72
IV. Steuern als Solidarbeitrag	74
V. Steuern als Preis der Freiheit	76
VI. Steuern als Preis gemeinschaftsgebundener Vorteile	78
Drittes Kapitel: Rechtfertigung der Steuerhöhe	82
A. Anforderungen aus der funktionalen Steuerrechtfertigung	82
I. Finanzbedarf als Grund und Grenze der Steuererhebung	83
II. Mäßigung der Steuerlast	85
1. Vermeidung von Zusatzlasten, Gleichmäßigkeit der Besteuerung	87
a) Steuerliche Gleichbelastung der Güter	91
b) Zielgrößenorientierung des steuerlichen Anknüpfungspunktes	92
c) Steuerlastmodulation	93
d) Kritische Würdigung	93
2. Verbot erdrosselnder Besteuerung aus ökonomischer Perspektive	95
III. Konkurrenzfähigkeit des Steuersystems	97
B. Steuerzugriffsbegrenzende Freiheitsrechte	99
I. Ausweichwirkung	99
1. Berufsfreiheit	102
2. Vereinigungsfreiheit und Rechtsformneutralität	104
3. Schutz von Ehe und Familie	106
4. Allgemeine Handlungsfreiheit	108
5. Rechtfertigung: Verhältnismäßigkeit	108
a) Legitimes Ziel	109
b) Geeignetheit und primäre Erdrosselung	110
c) Erforderlichkeit und Angemessenheit	112
II. Sekundäre Erdrosselung als Grenze der Belastungswirkung	113

1. Existenzminimum	115
2. Wesensgehaltsgarantie des Eigentums	117
III. Schutz vor der Belastungswirkung durch Art. 14 GG	119
1. Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	119
a) Übermaßformel	120
b) Erstreckung der Eigentumsgarantie auf Vermögen- und Ertragsteuern	122
2. Auffassungen in der Literatur	123
a) Ablehnung des eigentumsrechtlichen Schutzes	124
b) Steuern als Eingriff in die Eigentumsgarantie	125
3. Stellungnahme zum Schutzbereichseingriff	127
a) Eigentum am Ertrag	127
b) Eigentum an der Quelle	129
c) Vermögen	131
4. Qualifikation des Eigentumseingriffs	135
a) Entzug einer geschützten Rechtsposition	138
b) Ziel der Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben	140
c) Gezielter, konkret-individueller und hoheitlicher Rechtsakt	145
aa) Systematik der Eigentumseingriffe	147
bb) Ausgestaltung der Eigentumsordnung durch Steuergesetze	148
cc) Überwindung der Eigentumsordnung im Ausnahme- fall	150
dd) Entschädigungspflicht	153
ee) Weiterentwicklung der Enteignungsdogmatik	162
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der steuerlichen Enteignung	163
a) Halbteilungsgrundsatz	166
b) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Grenze der Belastungswirkung	168
VI. Gebot des Gemeinwohlzuwachses im Gesamtsystem	172
1. Steuerwiderstand, internationaler und historischer Vergleich	176
2. Subsidiaritätsprinzip	177
3. Zwischenergebnis	179
VII. Steuerzugriffsbegrenzende vertikale Gewaltenteilung	180
C. Steuerlastverteilende Gleichheitsrechte	183

I.	Nutzenprinzip	188
1.	Vertragstheorie als ideengeschichtlicher Ausgangspunkt	189
2.	Erweiterung und Generalisierung der Äquivalenz	191
3.	Steuerlastverteilung nach dem Nutzenprinzip	195
a)	Steuerrechtfertigung durch gruppenspezifische Sonderleistungen	196
b)	Verallgemeinerung: Leistungsfähigkeit als Nutzenindikator	199
c)	Schädigung als Komplementär der Nutzung	201
d)	Surrogation der Steuerzahlung durch Nutzenschmälerung	202
4.	Kritische Würdigung	204
a)	Nutzenprinzip als sachgerechter Differenzierungsmaßstab	204
b)	Vereinbarkeit des Nutzenprinzips mit dem Sozialstaatsgebot	207
c)	Vereinbarkeit des Nutzenprinzips mit den Freiheitsrechten	209
d)	Gefahr willkürlicher Entscheidungen	211
II.	Leistungsfähigkeitsprinzip	212
1.	Opfertheorien als ideengeschichtlicher Hintergrund	213
2.	Definition der Leistungsfähigkeit	217
a)	Leistungsfähigkeit als subjektive Zahlungsfähigkeit	217
b)	Leistungsfähigkeit als Bedürfnisbefriedigungspotential	219
c)	Leistungsfähigkeit als Erwerbspotential	220
3.	Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit	223
4.	Kritische Würdigung	229
a)	Gleichheitssatz und Steuergerechtigkeit	229
b)	Finanzverfassung und Sozialstaatsprinzip	231
c)	Freiheitsrechtlich gefordertes Leistungsfähigkeitsprinzip	233
d)	Beschränkter Freiheitsschutz	237
aa)	Vieldeutigkeit und Ungreifbarkeit der Leistungsfähigkeit	239
bb)	Überwälzung	240
cc)	Leistungsdiskriminierung	242
dd)	Zulässige Durchbrechungen	243
III.	Freiheitsprinzip	245

1. Anforderungen an die Differenzierungskriterien der Lastverteilung	245
2. Freiheitsschutz als verfassungsrechtlicher Anknüpfungspunkt	247
3. Konkretisierung: Leistungsfähigkeits- und Nutzenprinzip	249
4. Steuerlastverteilungsgründe im Gesamtbild der Steuerrechtfertigung	252
5. Freiheitsprinzip als Verteilungsmaßstab – Zwischenergebnis	254
Viertes Kapitel: Rechtfertigung der Erhebungsumstände	256
A. Mitwirkungspflichten	257
B. Effizienz der Steuererhebung: Vermeidung von Vollzugskosten	259
C. Datenschutz	262
D. Vorbehalt des Gesetzes, Rechtsschutz und Rechtssicherheit	265
I. Bestimmtheitsgebot, Normenklarheit	268
II. Beständigkeitsgebot	270
E. Akzeptanz	272
I. Weitere Akzeptanzfaktoren und daraus ableitbare Forderungen	273
II. Akzeptanz als Rechtfertigungsindikator	276
Erneuerung der Steuerrechtfertigung – Zusammenfassung	277
Gemeinschaftsgebundene Freiheit als Grund und Grenze der Steuer – Thesen	282
Literaturverzeichnis	285